

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal zzgl. Postgeld. Bestellungen
nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Rottbuserdamm 23 L.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierpallige Beizeile 60 Pf.,
Stellungsgröße 40 Pf.; für Ver-
bandsmitglieder 40 Pf.; Veranmen-
dungsanzeigen 20 Pf.; Beizal-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 13

Berlin, den 26. März 1910.

26. Jahrgang.

Ostern.

Ostern ist's, wenn auch im März
Noch die Erde ringsum starrt!
Frühling kommt! Und allen Herzen
Kündet's seine Gegenwart!
Tausend Winke, tausend Zeichen
Weisen auf sein lieblich Nah,
Und die lauten Stürme streichen
Schon voraus die Siegesbahn!

Silbergraue Mädchen hängen
Nicht am blanken Weidenschaft.
Und die braunen Knospen drängen
Rings in erster Lebenskraft.
Tag und Nacht hält sich die Gleiche:
Siegreich zieht das Licht durchs Tor
Ein in unermess'ne Reiche, —
Und der Frühling steht davor.

Storch und Schwalbe kehren wieder
Und die Drossel ruft nun bald
Ihre schönsten Liebeslieder
Aus dem jung erwachten Wald.
Und die Birke zieht zur Feier
Silberweiße Seide an,
Wirft uns Haupt die grünen Schleier
Zarter Blätterkeime dann . . .

Auferstehn! — Der Sieg des Lichtes
Schreitet unaufhaltsam vor!
Und aus tausend Trieben bricht es
Zart und grün nun bald hervor!
In die fernsten, stillsten Ecken
Dringt der Sonne goldner Strahl:
Neues Leben zu erwecken,
Gibt sie funkelnd das Signal.

Auferstehn! Ja! Aus den hellen
Augen blüht ein junger Mut!
Und die starken Arme schwellen
Jugendkraft und Jugendglut!
Ostern ist's. Besiegt, erschlagen
Liegt der Winter auf dem Feld,
Und in gold'nem Sonnenwagen
Fährt die Hoffnung in die Welt!

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Wir weisen nochmals darauf hin, daß sämtliche Anträge zum Verbandstag bis spätestens Sonnabend, den 16. April d. J., an uns einzusenden sind, worauf dieselben in der statutengemäßen Frist in der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlicht werden. Jeder Antrag ist auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben, das nur auf einer Seite beschrieben werden darf, und muß dabei angegeben werden, ob es sich um einen Antrag zum Statut oder um einen allgemeinen Antrag handelt.

2. Eine Erhöhung des Lokalbeitrages für männliche Mitglieder von 5 auf 10 Pf. pro Woche ist den Zahlstellen Halberstadt und Posen genehmigt worden. Außerdem wird in Posen ein Lokalbeitrag für weibliche Mitglieder von 5 Pf. pro Woche neu eingeführt.

Alle Neuerungen treten mit dem 1. April in Kraft.

3. Die in voriger Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ bereits angekündigte neue Liste der Ausgeschlossenen ist den Bevollmächtigten in der abgelaufenen Woche zugegangen. Wir ersuchen, die von allen Gau- und Zahlstellen-Vorständen zu führenden Verzeichnisse der Ausgeschlossenen auf Grund der jetzt versandten Liste berichtigen zu wollen. Sofern diesbezügliche Bücher an einzelnen Orten nicht vorhanden sein sollten, wollen die Bevollmächtigten solche von uns verlangen.

4. Gleichzeitig mit der Liste der Ausgeschlossenen sind den Bevollmächtigten die Berichtskarten für das Kaiserliche Statistische Amt zugesandt. Die Bevollmächtigten werden ersucht, die Berichtskarten an die für die Ausfüllung in Betracht kommenden Funktionäre weiterzugeben und dafür Sorge zu tragen, daß die Karten ordnungsmäßig ausgefüllt an uns eingekandt werden.

Sollte die Sendung bis zum 29. März irgendwo nicht eingetroffen sein, wollen die Bevollmächtigten uns das mitteilen, damit Nachlieferung erfolgt.

5. Als Stichtag für die Zählung der Arbeitslosen zum Zwecke der Angaben in den Berichtskarten für das Kaiserliche Statistische Amt gilt diesmal der 2. April. Die Berichtskarten sind also nicht vor dem 3. April, dann aber sofort auszufertigen und spätestens am 6. April an uns abzusenden.

6. Um Ferkümmern im Neben der Beitragsmarken zu vermeiden, wollen die Mitglieder beachten, daß für die Woche vom 27. März bis 2. April das mit Ziffer 13 bezeichnete Beitragsfeld im Mitgliedsbuch oder der Mitgliedskarte zu bekleben ist. Der Beitrag ist nicht nachträglich, sondern im Voraus zu entrichten.

Der Verbandsvorstand.

Die Pflicht zur Arbeit.

K. Eintr sprach man vom Recht auf Arbeit und sogar Bismarck konnte nicht umhin, ein solches — versteht sich: nur in der Theorie — anzuerkennen. Heute kann man vielfach die Beobachtung machen, daß die Pflicht zur Arbeit in den Vordergrund geschoben wird. Nicht als ob die Pfaffen aller Religionsysteme es bisher unterlassen oder vernachlässigt hätten, diese Pflicht immer wieder den Proletariern ans Herz zu legen; nein, wo und wann immer ein Kuttenträger den mit allen Salben geschmierten Mund öffnete, konnte man es hören, daß das arme Volk zur Arbeit verpflichtet sei, weil schon der liebe Herrgott einst das Wort ausgesprochen haben soll: „Im Schweize Deines Angesichts sollst Du Dir Dein Brot verdienen!“ Aber daß dieses Gebot für alle Menschen gilt, wird von den frommen „Stellvertretern“ Gottes nicht immer mit der wünschenswerten Deutlichkeit hervorgehoben; und auch das andere noch schärfere Bismarckwort: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen,“ findet bei den Priestern der besitzenden Klassen nicht die rechte Würdigung. Dagegen haben sie, wie gesagt, die Pflicht zur Arbeit für die Proletarier stets stark betont.

Und heute geschieht dies mehr denn je! Zwar wird die Pflicht zur Arbeit als allgemein verbindlich erklärt, ja die größten Müßiggänger — eben die verschiedenen Nutznießer der menschlichen Gedankenlosigkeit und Feigheit — behaupten geradezu, daß sie selbst ja „auch arbeiten“, und daß ihre Tätigkeit eine gesellschaftlich notwendige sei; allein die Zahl derjenigen, die dies für bare Münze nehmen, wird glücklicherweise von Jahr zu Jahr geringer. Auch der Dummste beginnt zu begreifen, daß Mönche und andere Seelenhändler, Aristokraten und Kapitalisten volkswirtschaftliche Parasiten sind, die nichts leisten und nur genießen, indes die ungeheure Mehrheit der Menschen Mangel leidet, obgleich sie die schwersten und wichtigsten Arbeiten verrichtet.

In der neuesten Zeit ist aber von den Scharfmachern die Arbeitspflicht der Proletarier angestaltet worden. Danach soll der Arbeiter unter allen Umständen seine Arbeitskraft in den Dienst des Unternehmers zu stellen verpflichtet sein und zu jeder Bedingung arbeiten müssen. Als wahrer Sklave wäre er gehalten, ohne Rücksicht auf sich und seine Interessen widerstandslos dem Unternehmer seine Arbeitskraft preiszugeben, sich Tag und Nacht ohne Murren ausbeuten zu lassen und dem gnädigen Herren dafür dankbar die Hand zu lecken. Demnach kapitalistischer Auffassung ist ja der Unternehmer der Brot„geber“, indem er dem Proletarier die Erlaubnis erteilt, sich seiner, des Unternehmers, Produktionsmittel zu bedienen und damit Mehrwert für den Besitzer dieser Produktionsmittel zu schaffen, also dessen Reichtum zu mehren. Und in seiner Sucht, dem armseligen Arbeiter Wohlstand zu erweisen, geht der Kapitalist sogar so weit, für den Arbeiter die absolute „Freiheit“ der Ausbeutung zu fordern. Denn nicht des Unternehmers, sondern des Arbeiters Freiheit werde ja bedroht, wenn der Ausbeutung Schranken gesetzt werden. . . .

Ja, sie meinen es sehr gut mit dem Arbeiter, die Herren Unternehmer! Sie verlangen nicht einmal seinen Verzicht auf das Koalitionsrecht, nur — streiken soll er nicht dürfen, der Arbeiter! Sie haben nichts gegen seine Zugehörigkeit zu einer Organisation, nur — keine sozialdemokra-



Die Mitgliederzunahme in unserem Buchbinderverband hat auch im ersten Quartal in erfreulichster Weise angehalten. Es besteht alle Aussicht — selbst bei nur geringer Kraftentfaltung —, bis zum kommenden Verbandstag 25 000 Berufsgenossen und -Genossinnen in unseren Reihen zu haben. Jedes Mitglied rechne es sich zur Ehre an, zu seinem Teile dazu beizutragen, daß dieses vorläufige Ziel erreicht wird. Kollegen und Kolleginnen allerorten, agitiert, organisiert, und werbet neue Streiter dem Verband.

tische, also keine echte Gewerkschaft soll es sein! Und schon gar nicht müten die waderen Herren dem Arbeiter zu, daß er etwa seine Bestrebungen zur Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage aufgeben; nur den Weg des Klassenkampfes soll der Proletarier meiden, weil dies dem — Unternehmer schlecht bekomme. Kurz, alles darf der Arbeiter tun, nur nicht den Profit seines Ausbeuters beschneiden! Der Arbeiter soll also immerhin den Pelz waschen, ihn aber beileibe nicht naß machen. Es soll Krieg führen mit jeinesgleichen und Frieden halten mit seinem Ausbeuter, dem Besitzer der Produktionsmittel, seinem wirtschaftlichen Gegner. Wenn er etwa dennoch es sich beifallen lassen sollte, einer wirklichen Gewerkschaft beizutreten und an den Unternehmer Forderungen zu stellen, die dieser nicht als berechtigt anzusehen die Gewogenheit hat, dann ist dies ein Akt der Ordnungsgewalt. Denn die kapitalistische „Ordnung“ ist so morsch und wackelig, daß man nichts fordern darf, wenn der Nutznießer dieser „Ordnung“ nicht damit einverstanden ist. Vom kapitalistischen Ausbeuter zu begehren, daß er seine Plasmacherei einstelle oder auch nur mäßige, ist zwar die aussichtsloseste Sache der Welt; aber die Begehrlichkeit der Ausbeuter ist so groß, daß sie sogar den blinden Glauben für das Märchen verlangen, ein kapitalistischer Wolf könne sich in eine harmlose Taube verwandeln.

Also, wie gesagt: alles kann der Arbeiter vom Unternehmer haben, nur Kosten darf die Geschichte nichts. Da sich jedoch der gute Unternehmer nicht „Lumpen“ lassen will, so wird er hin und wieder dem „braven“ Arbeiter, das heißt: dem stummen Knecht einige „Wohlthaten“ hinschmeißen. Im übrigen jedoch bleibt der Ausbeuterstandpunkt aufrecht: „Ich, der Unternehmer, bin und bleibe Dein Herr, neben dem Du, niedriger Proletarier, keine anderen Götter haben sollst! Vor allem will Ich, der Unternehmer, Herr in Meinem Hause bleiben; denn das Haus, in dem Du, verwegenere Knecht, für Mich schufst darfst, gehört Mir, ebenso das Werkzeug, die Rohmaterialien und die daraus erzeugten Waren. Wenn Ich nicht will, hast Du nichts zu befehlen; daher mußt Du Mir unweigerlich gehorchen und auch dann arbeiten, wenn es etwa Dir nicht passen sollte. Mein Wille hat zu gelten, nicht der Deine! Ich Dir etwas vom Lohne ab, so hast Du zu schweigen; verlängere Ich die Arbeitszeit, so hast Du stille zu sein; verschärfe Ich die Arbeitsordnung, so verhalte Dich ruhig; all das geht Dich gar nichts an, ist lediglich Meine Sache! Denn Ich bin der Herr und zwar Dein Herr und Ich dulde keine anderen Götter neben Mir! Denn Ich bin ein eifervoller Gott usw.

Natürlich kommt das alles nicht immer so schroff und brutal zum Ausdruck, aber der Sinn dessen, was die Herren Unternehmer in Wirklichkeit meinen und auch anstreben, ist mit den oben angeführten Sätzen unzweifelhaft wiedergegeben. Die Unternehmer mögen es leugnen, wie sie wollen: es bleibt dennoch wahr, daß sie den Arbeiter in die mittelalterliche Hörigkeit, wenn schon nicht in die antike Sklaverei zurückführen zu wollen. An dem „guten Willen“ fehlt es ihnen nicht, wohl aber an der Kraft, wenn sich auch die Scharfmacher einbilden, daß sie dem Unternehmertum dieselbe werden einflößen können. Natürlich bemühen sie sich hierbei, allzu plumpe Formen zu vermeiden. Sie werden sogar, wenn es nicht anders geht — und es wird nicht anders gehen! — das Koalitionsrecht nicht weiter antasten; aber sie werden alles tun und tun schon jetzt alles, um die Ausübung des Koalitionsrechtes zu vereiteln. Zu dem Zwecke erpressen sie von „ihren“ Arbeitern schriftliche Bessererklärungen, oder mündliche Erklärungen, durch die sich die Arbeiter verpflichten sollen, den Gewerkschaften fernzubleiben; zu dem gleichen Behufe gründen sie

Wohltätigkeitsvereine, die die Arbeiter ans Werk schmeißen; aus demselben Grunde bekämpfen sie die Autonomie der Krankenkassen und alle Selbstständigkeitsbestrebungen der Arbeiter. Die ganze Sozialreform soll zur Unterdrückung der Arbeiter mißbraucht werden, soll ein Instrument der Ausbeuter sein, der Arbeiter schuß — ein Arbeitertruh!

Recht der Arbeit? Recht auf Arbeit? Rumpst, sagen die Herren Unternehmer! Es gibt für die Arbeiter nur eine Pflicht zur Arbeit! Wenigstens solange, als es uns gefällt. Geht die Konjunktur zurück, dann entlassen sie die Arbeiter, legen Feiertage ein und beschränken die Produktion. Das soll aber den Arbeiter nichts kümmern! Er soll soviel Heberstunden wie Arbeitslosigkeit geduldig hinnehmen; die Willkür des Unternehmers soll für ihn Gesetz sein! Vor allem aber soll er nicht das Recht haben, seine Arbeitskraft zu dem von ihm beliebigen Preise zu verkaufen, sondern er soll es sich gefallen lassen, daß der Unternehmer den Preis diktiert. Der Unternehmer nennt das „Freiheit“ des Arbeitsvertrages! Gleiches Recht — Gleichberechtigung — wirtschaftliche Gleichheit? Was denn nicht noch! Derlei fordern nur die Sozialdemokraten. Die Ausbeuter hingegen beharren auf der Pflicht der Arbeiter zur Arbeit ohne jede Einschränkung, im Interesse der „Volks“wirtschaft angeblich und im Interesse ihres Geldbeutels — in Wahrheit!

Zum Kampf in Plauen.

Der Kampf in Plauen wurde am 16. März unter Anerkennung der Organisation beendet. So konnten wir in der letzten Nummer noch melden. Zwar können wir nicht von einem vollständigen Siege berichten, noch viel weniger aber ist die Beendigung des Kampfes als eine Niederlage zu betrachten.

Wenn von einem vollständigen Siege nicht gesprochen werden kann, so ist das nicht auf die importierten arbeitswilligen Hamburger und Berliner „Kollegen“ zurückzuführen. Nein! Das Gefindel, was da den Plauener Fabrikanten von dem „Internationalen Streikbrecher-Vermittlungsbureau Walter resp. Auguste Müller, Wandsbek“ zugeführt wurde, war nicht danach, uns großen Schaden zuzufügen. Von den etwa 60 Vermittelten wurden von den Prinzipalen allein 31 Mann wieder zurückbefördert, die gar nicht in die Betriebe aufgenommen, wohl aber auf Kosten der Prinzipale 8 bis 14 Tage in Hotels und privat befristet wurden und, wie bekannt, 690 Mk. Rücktransportkosten verursachten.

Der vollständige Sieg wurde uns bereitet, weil unsere eigenen Kollegen wandelmützig wurden. Es wäre falsch, anzunehmen, diese Kollegen hätten aus Furcht vor den „Mauscheisern“ so schimpflich gehandelt. Auch das Vertrauen zu unserer guten Sache fehlte keineswegs und hat diese Kollegen nicht zu diesem Schritte verleitet. Die Absicht eines Teiles der Abtrünnigen war, im Trüben zu fischen, und sie gingen darum in Stellungen, von denen sie glaubten, daß sie „besser“ seien als die, aus denen sie gegangen waren. Diese Handlungsweise ist eine nichtswürdige, ein Verrat, den diese noch zu büßen haben werden.

Für die Mehrzahl der Abtrünnigen — aber lagen Gründe vor, die wir zwar keineswegs billigen, nach Lage der Sache aber verstehen können. Es war das Auftreten der Polizei. Als Streikposten von allen Straßen verjagt, beschränkte sich die Polizei nicht nur auf das Verbot des Streikpostens, sondern vertrieb unsere Kollegen auch von den öffentlichen Plätzen, wo sie sich von der uns günstigen Märzsonne bestrahlen ließen. Ja, so weit ging man in Plauen, daß man Streikenden verbot, zu zweien, dreien die Schaufenster anzusehen.

Diese fortgesetzten Bestätigungen der überaus schneidigen Polizei, die, jedes Winkes von Prinzipalen gehorchend, geradezu Gafherdienste verrichtete, die waren es, die unseren Kollegen den Mut und die weitere Kampfeslust raubten. So günstig auch unsere Sache stand, so waren die Einwirkungen, sich fortgesetzt mit den Polizeiorganen in Konflikt zu be-

finden, auf unsere Kollegen so stark, daß wir den Kampf beenden mußten, wollten wir nicht erleben, daß noch mehr bisher wader kämpfende Kollegen fahnenflüchtig würden. Aber auch die Prinzipale waren des Kampfes müde, und noch mehr jedenfalls der vielen unnötigen Geldopfer. Denn die Plauener Fabrikanten sind etwas zu sehr „in die Rollen“ gegangen, vielleicht mancher „über seine Kraft“.

Durch schriftliche Verhandlungen mit dem Unternehmervertreter Rechtsanwalt Dr. Plötner, die wir ab 8. März wieder hatten und die am 15. und 16. März zu einer persönlichen Unterredung führten, wurden uns noch folgende weitere Zugeständnisse gemacht, die uns erleichterten, den Kampf aufzugeben.

„Man will bei Einstellung der Arbeiter, die ausständig geworden sind, nach Möglichkeit, soweit es nur irgend die Richtigkeit des einzelnen Arbeiters zuläßt, über die Minimallohne hinausgehen, wie ja im allgemeinen die Zuficherung gegeben wird, daß es nur bei weniger guten Arbeitern beim Minimallohn bleiben soll. Die tüchtigen und guten Sträfte werden alle höher entlohnt.“ In einem Schreiben vom 12. März wurde ausgesprochen, daß 20 bis 30 Mk. gezahlt werden sollen. Ferner wurde der vereinbarte Tarif schriftlich anerkannt und von Dr. Plötner die Zuficherung gegeben, daß Maßregelungen nicht stattfinden, im Gegenteil wünsche er und habe das auch seinen Auftraggebern unterbreitet, daß die Arbeiter sich möglichst alle dem Verbands angeschlossen sollten; damit sei für die Prinzipale die beste Gewähr geboten, daß zunächst das Vereinbarte auch eingehalten werde. Und wenn das geschehe, würde die bisher geübte Preisschleuderei doch zum großen Teil beseitigt.

Der Tarif selbst entspricht nicht ganz unseren Wünschen, aber schlecht abgeschnitten haben wir keineswegs, besonders dann nicht, wenn obiger Passus eingehalten wird und besonders unsere Kollegen sich nicht mit den Minimallohnen begnügen.

Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden täglich, Sonnabends 9 Stunden, ungerchnet der Pausen, die nur je 15 Minuten betragen und nicht bezahlt werden. Die Mindestlöhne sind folgende:

Startomagenarbeiter	von 18 bis 21 Jahren	25 Pf.
"	" 21 "	30 "
"	" über 23 "	34 "
Buchbinder	" 18 bis 21 "	27 "
"	" 21 "	32 "
"	" über 23 "	36 "

Bei ungeübten Arbeitern ist es gestattet, andere Vereinbarungen zu treffen. Vorstehende Löhne gelten als Mindestlöhne. Flotten und geschickten Arbeitern soll höherer Lohn gezahlt werden. In Betrieben, wo bereits höhere Löhne gezahlt werden oder kürzere Arbeitszeit besteht, dürfen diese Vergünstigungen durch Einführung dieses Tarifs nicht verschlechtert werden. Regelmäßige Ueberstunden werden, soweit es tunlich ist, vermieden. Für die ersten 2 Ueberstunden am Tage werden 15 Proz., für alle weiteren und für Sonntagsarbeit 25 Proz. Zuschlag zum Stundenlohn bewilligt. Bei 2 Ueberstunden tritt eine Pause von einer Viertelstunde vor Beginn, bei mehr als 2 Ueberstunden eine Pause von einer halben Stunde vor Beginn ein. Diese Pausen werden mitbezahlt. Die Lohnzahlung erfolgt vor Schluß der Arbeitszeit. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer verpflichten sich auf gewissenhafte Durchführung des Tarifes.

Während also die Prinzipale nur 25 bis 36 Pf. Lohn pro Stunde bei 57stündiger Arbeitszeit zu billigen, forderten wir bei 57stündiger Arbeitszeit 28 bis 40 Pf. Die 57stündige Arbeitszeit war, wie bekannt, in der gemeinsamen Verhandlung am 29. Januar von den Prinzipalen bereits zugestanden, deshalb glaubten wir um so mehr daran festhalten zu müssen. Eine spätere Unternehmerversammlung hat aber nur der Verkürzung auf 59 Stunden zugestimmt.

Vertriebt uns das Resultat des Kampfes auch nicht in vollem Maße, so soll doch noch zum Schluß darauf verwiesen werden, daß wir gar keine Ursache haben, den Kopf hängen zu lassen. Wir haben Zugeständnisse erhalten, die beachtlich sind. Und vor allen Dingen ist eine Grundlage geschaffen, auf der



Keines unserer Mitglieder unterstütze die arbeiterfeindliche Presse, die bei jeder Gelegenheit ihre Verachtung für die Arbeiterklasse kundgibt. Der Quartalswechsel bietet die beste Gelegenheit, diese Presse aus den Arbeiterwohnungen zu verbannen.

Arbeiterfeindlich ist auch die Fachpresse, die sich den Forderungen der Arbeiter ablehnend gegenüberstellt. Fort auch mit solcher.

In der Arbeiterwohnung darf nur die Arbeiterpresse zu finden sein.

weitergebaut werden kann und nach der Zusicherung der Unternehmervertreter auch weitergebaut werden soll. Allein schon die Verkürzung der Arbeitszeit von 60 bis 68 Stunden auf 59 Stunden ist eine Erzeugungschaft, mit der wir uns keineswegs zu schämen brauchen. Und auch in der Entlohnung dürfte trotz niedriger Minimallohne für alle Kollegen eine ganz annehmbare Erhöhung eintreten, so daß Klagen kaum noch zutreffen werden wie früher, wo uns unsere verheirateten Kollegen sagen konnten, sie müßten sich vor ihren Frauen schämen, die des Sonnabends mehr an Lohn auf den Tisch legen könnten als sie.

Der Kampf war ein schwerer und wurde von beiden Seiten mit aller Fähigkeit geführt. Doch ist er nicht nutzlos gewesen, denn die Ausanwendung aus ihm ist die, daß die Unternehmer später nicht wieder die Verhandlungen — ohne Grund — so brüsk abbrechen, als sie das in ihrem Schreiben vom 2. Februar getan haben.

Für unsere Kollegen aber gilt die Mahnung: Treue dem Verband gehalten, alle noch säumigen der Organisation zugeführt, damit wir achtunggebend in zwei Jahren auf dem jetzt gelegten Grundstein weiterbauen können.

Zum Verbandstag.

Kampfsorganisation oder Heilarmee?

Wir leben im Zeitalter der Warmherzigkeit, der Mildtätigkeit. So oft man eine Zeitung zur Hand nimmt, liest man von Wohltätigkeitsfesten, Stiftungen. Und dies alles ist zum Besten Kostleider. Der modern denkende Arbeiter dankt für Wohltaten. Er fordert sein Recht; er will das, was ihm zukommt. Er verurteilt die herrschende Gesellschaft, die ihm seinen Teil raubt und ihm davon großmütig ein paar Broden wieder zuwirft. Ja, er verurteilt sie deswegen und überlegt dabei, daß in seiner Klasse dasselbe Schauspiel sich wiederholt. Die Gewerkschaften, begründet, die wirtschaftliche Lage des Arbeiters zu bessern, sind auf dem besten Wege, Wohltätigkeitsinstitute zu werden. Ich schäme es wohl, Wunden zu heilen; aber wenn ich diese Wunden meinem Nebenmenschen erst selbst gerissen habe, so ist meine Warmherzigkeit unsinnig. In unserem Verbande ereignet sich dieser Fall jedoch recht häufig. Erst macht ein Teil der Verbandskollegen durch recht viele Ueberarbeit viele Mitkollegen arbeitslos und bringt sie in Not, und dann gibt man Unterstützung, die ein Weiterstricken gestattet, und preist in hohen Tönen die Vorzüge des Verbandes, der Elend lindert, Tränen trocknet und was noch alles. Diese Ueberstundenarbeiter fordern bei Streiks auch Solidarität. Ich meine, wer Solidarität fordert, übe auch selbst Solidarität, und solidarisch ist das Verhalten jedenfalls nicht, wenn ein Kollege auf Kosten anderer sich einen Extravergdienst verschafft, wenn der eine Kollege 40 bis 50 Mk. pro Woche verdient und der andere wochenlang dadurch darben muß. Wer kann den ersten Stein auf die werfen, die aus Not zu Streikbrechern werden? Habt Ihr Euch je um sie gekümmert, wenn sie ohne Brot waren? Habt Ihr eine Ueberstunde weniger gemacht, um ihnen behilflich zu sein? Und dann getraut Ihr Euch noch, das Wort Solidarität im Munde zu führen? Wird es da nicht zu einer Heuchlerphrasen? Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt Ihr ihn der Heim. Dieses Wort, auf die herrschende Gesellschaft so oft angewandt, trifft auch auf Euch zu. Hier in Hamburg ist es doch vorgekommen, daß organisierte Buchbinder 4000 Ueberstunden pro Woche machten, und zu gleicher Zeit lagen 33 Kollegen und Kolleginnen auf der Straße. (Siehe Statistik in Nr. 47 Jahrgang 1909.) Wenn also der kommende Verbandstag wirklich etwas zur Hebung unserer Verhältnisse beitragen soll, dann mögen die Delegierten ihre kostbare Zeit nicht damit verschwenden, noch mehr neue Pflasterden und Heilmittel (Unterstützungen) zu erfinden, sondern sie mögen dem Grundübel, das die Krankheiten verursacht, zu Leibe gehen.

Wollten doch die Kollegen einsehen, daß sie durch vieles Arbeiten sich selbst am meisten schaden. Sie machen sich ja nur entbehrlich, Wert hat nur das, was selten ist. Je leichter eine Sache zu erhalten ist, um so weniger wird sie bewertet. Das einzige

Kapital des Arbeiters ist seine Arbeitskraft, und mit diesem Kapital muß er wuchern. Wenn die Geschäftszeit gut und Arbeiter spärlich zu bekommen sind, sind Lohnbewegungen am leichtesten durchzuführen. Die Damen Schneider z. B. verdienen, trotzdem sie nicht so viele Lohnkämpfe wie wir durchmachten, um die Hälfte mehr Lohn. Es ist da kein Ueberfluß an Arbeitskräften, und die Arbeitgeber zahlen höhere Löhne, nur um Arbeiter zu bekommen. Darum müssen wir mit unserer Arbeitskraft so sparsam wie möglich umgehen. Wenn der Arbeitgeber dann seine Arbeit auch einmal nicht zur rechten Zeit fertig bekommt, was schadet das? Um so mehr ist er auf uns angewiesen und muß gegen uns viel entgegenkommender sein. Mögen doch die Kollegen nicht so kurzfristig sein und scheinbarer augenblicklicher Vorteile halber ihre Zukunft opfern. Dann kann die Zeit auch nicht mehr fern sein, in der der Arbeiter denselben oder mehr Lohn erhält wie heute mit vielen Ueberstunden. Nur danach muß er trachten, daß er sich nicht selbst auf den Markt werfen muß. Nein, gesucht muß er sein.

R. Schneider-Hamburg.

B. Abrechnung der Verbandskasse.

a) Einnahmen.	
Eingeliefert von den Zahlstellen u. Gauen	65 778,22 Mk.
Zinsen aus angelegtem Kapital	4 196,50 "
Arbeitslosenunterstützungzurückertattet	6,75 "
Für Ersparbücher und -Karten	15,— "
" Handbücher	15,— "
" Tarife	124,20 "
" Mädchentarife	5,60 "
" Berliner Sondertarife	13,55 "
" Verbandstagsprotokolle	—,20 "
Porto zurückertattet	8,65 "
Für Inzerate in der Buchbinder-Zeitung	370,50 "
" Abonnements a. d. Buchbind.-Ztg.	159,46 "
" diverse Exemplare der Buchbinder-Zeitung	1,80 "
Porto zurückertattet für	5,25 "
Gerihts- usw. Kosten	9,80 "
Summa	70 709,98 Mk.

b) Ausgaben.	
Gehälter der Verbandsbeamten	2 825,— Mk.
Sitzungsgelder an die Vorstandsmitglieder	143,— "
Entschädigung an die Revisoren	6,— "
Sitzungsgelder an die Mitglieder des Ausschusses pro 1909	67,— "
Beiträge an die Unterstütuungs-Vereinigung	99,— "
Miete, Reinigung, Heizung und Beleuchtung des Bureaus	243,27 "
Fernsprechgebühren	41,65 "
Porto für Sendungen des Verbandsvorstandes	279,66 "
Porto für Sendungen des Ausschusses pro 1909	6,95 "
Schreib- und Packmaterialien, Stempel Bureaueinrichtung	102,25 "
Agitations- und Informationsreisen	43,65 "
Ausgaben in Tarif-Angelegenheiten (Dreisfädetauf)	563,15 "
Zufüsse an Zahlstellen	622,05 "
" die Gauen 6/7, 10, 12, 16 und die Bezirke Berlin, Leipzig und Stuttgart	8 000,— "
3000 Adressenverzeichnis drucken	3 046,10 "
Diverse Buchdruckarbeiten	84,— "
Beitragsmarken drucken	135,50 "
" für die Invalidenunterstützung	55,80 "
Für Gleichheit einschließlich Porto	24,75 "
Höheren Kurs bei Kauf von Wertpapieren	45,06 "
Zinsverzütung bei Ankauf von Wertpapieren	37,50 "
Bankprovision, Versicherungsgebühren, Stempelsteuer	22,80 "
Vertrag an die Generalkommission pro 3. Quartal	11,95 "
Uebertragungen für das J. V.-S.	776,68 "
Diverse Ausgaben	71,05 "
Uebertrag	10,50 "
Uebertrag	17 863,82 "

Uebertrag	17 863,82 Mk.
Gehalt des Redakteurs der Buchbinder-Zeitung	55,62 "
Für Vertretung des Redakteurs der Buchbinder-Zeitung	595,92 "
Krankentunterstützung an den Redakteur	498,— "
Mitarbeit an der Buchbinder-Zeitung	244,40 "
Satz, Druck und Papier der Buchbinder-Zeitung	5 450,30 "
Expedition und Verpackung der Buchbinder-Zeitung	241,85 "
Expeditionsporto für die Buchbind.-Ztg.	835,42 "
Diverse Porto der Buchbinder-Zeitung	26,52 "
Zeitungsgebühren und Postgebühren für die Buchbinder-Zeitung	18,35 "
1000 Postkarten für die Buchbinder-Zeitung	8,25 "
Gerihts- usw. Kosten für die Buchbinder-Zeitung	5,45 "
Summa	25 343,90 Mk.

Bilanz.

Kassenbestand am 30. September 1909	305 749,79 Mk.
Einnahmen	70 709,98 "
Summa	376 459,77 Mk.

Ausgaben	25 343,90 "
Kassenbestand am 31. Dezember 1909	351 115,87 Mk.

C. Gausseien, Verbandskassierer.

Die Richtigkeit vorstehender Abrechnung sowie der Bücher und Kasse bestätigen
Berlin, den 4. März 1910.

Emil Kloth, 1. Vorsitzender.

Die Revisoren:

Felix Marcuse, Rudolf Hoffmann, Fr. Freudencich.

C. Abrechnung der Bezirksleiter im Gau 10 und 12.

	Gau 10	Gau 12
	Mk.	Mk.
Einnahmen:		
Zufuß aus der Verbandskasse	1061 76	1168 37
Prozente aus den Beiträgen	50 07	150 18
Zurückertattete Portis	2 57	—
Summa	1114 40	1318 55
Bestand vom 3. Quartal	87 32	—
Guthaben bei der Verbandskasse	—	176 57
Summa	1201 72	1495 12
Ausgaben:		
Gehalt, Versicherungsbeiträge	546 —	559 —
Miete, Reinigung, Licht und Heizung	65 43	54 50
Bureaueinrichtung u. Bureaubedarf	2 31	74 64
Portis	41 08	68 01
Fahrtgeld und Diäten anlässlich von Streiks und Lohnbewegungen	361 55	90 95
Fahrtgeld und Diäten anlässlich anderer Reisen	40 30	104 30
Kosten der Sitzverlegung	—	214 75
Ausgaben für Agitation	—	58 90
Diverse Ausgaben, Portis usw. der Vertrauensleute	—	43 20
Summa	1056 62	1208 25
Bestand für das 1. Quartal 1910	145 10	—
Guthaben bei der Verbandskasse	—	226 87
Summa	1201 72	1495 12

Zur Abrechnung vom 4. Quartal 1909.

Die vorliegende Abrechnung zeigt einen Mitgliederstand am Jahreschluss von 13 686 männlichen und 10 228 weiblichen = 23 914. Gegenüber dem Stand am Ende des 3. Quartals ist eine Zunahme von 638 männlichen und 952 weiblichen = 1590 Mitgliedern zu konstatieren. Im Vergleich zum Stand am Ende des Jahres 1908 zählen wir 1597 Mitglieder mehr.

Dem Verband beigetreten sind 2805 Berufsangehörige und 82 sind aus anderen Ver-

Die Reichsversicherungsordnung ist in letzter Woche nach Gangan und Wangen dem Reichstage nun doch zugegangen. Der Bundesrat hat an dem vor Jahresfrist veröffentlichten und damals ausführlich besprochenen Entwurf nur so untergeordnete Änderungen vorgenommen, daß eine neuerliche Besprechung fast überflüssig erscheint. In dem reaktionären Nachwerk wird der Reichstag eine recht gründliche Umarbeitung vorzunehmen haben, wenn ihm die Giftzähne herausgebrochen werden sollen. Dem Wünschen der Unternehmer ist in verschiedener Hinsicht entsprochen worden, bei den Arbeitern hat man das nicht für nötig erachtet. Es bleibt insbesondere bei der Halbierung der Krankentagebeiträge und dementsprechend auch der gleichen Verteilung der Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber in Vorstand und Generalversammlung. Es soll die Absicht bestehen, bei Nichtannahme der Halbierung den ganzen Entwurf scheitern zu lassen. Obwohl solche Erklärungen der verbündeten Regierungen nur noch auf ganz harmlose Gemüter Eindruck machen, muß die Arbeiterschaft auf dem Posten sein und lieber den Entwurf scheitern lassen, ehe sie sich die Selbstverwaltung nehmen läßt.

Der Fonds für die Unterstützung der durch die steuerlichen Maßnahmen arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter ist bald erschöpft und würde höchstens bis zum Hochsommer reichen. Vom neuen Etat sind für den Zweck 1,5 Millionen Mark vorgesehen, die auf Antrag des Genossen Wolfenbuter von der Budgetkommission und vom Plenum des Reichstags um weitere 750 000 Mk. erhöht wurden. Die Konservativen wollten letzteren Betrag nur in Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit verwenden wissen. Auf Antrag des Genossen Wöbel stimmte der Reichstag jedoch dem zu, daß ein Nachweis der besonderen Hilfsbedürftigkeit nicht verlangt werden könne, sondern daß allein die Arbeitslosigkeit durch die Steuerreform den Anspruch begründe. Vom Zentrum stimmten dem Antrag nur zwei Mann zu; die Herren christlichen Arbeitervertreter entzogen sich der Abstimmung. — Festzuhalten ist auch noch die protokollierte Erklärung des Schatzsekretärs, daß, wenn die bewilligte Summe nicht reiche, bis der Reichstag wieder zusammentritt, die Regierung Maßnahmen zur Verhinderung einer Nothlage ergreifen werde.

Gegen die Verteuerung des Brotes anzukämpfen, hat der Reichstag am 4. März 1909 eine Petition, die die Wiedereinführung des Identitätsnachweises und die Aufhebung der Ausnahmetarife forderte, der Regierung zur Verächtlichung überwiesen. Trotzdem hat die Regierung, wie Genosse Siolle beim Etat des Reichsschatzamts nachwies, in einem ganzen Jahr nichts nach dieser Richtung unternommen. Sein Nachweis, daß wir nach einer guten Ernte höhere Brotpreise als vorher haben und die Frage, was die Regierung zu tun gedenke, blieb ohne Antwort. Die agrarische Regierung hat keine Zeit, dem Volke billiges Brot zu verschaffen.

Daß die Regierung weniger für die Arbeiter als für die Kapitalisten zu sorgen bemüht ist, beweist auch ihr Verhalten gegenüber einem deutschen Konfuzi in Manass (Brasilien), der auf seinem Posten bleiben kann, obwohl es feststeht, daß eine größere Anzahl deutscher Arbeiter durch sein passives Verhalten um Leben und Gesundheit gekommen sind. Die unter glänzendem Versprechen nach dort verschleppten Arbeiter wurden, als sie für den dritten Teil des Lohnes nicht arbeiten wollten, von

den unmenschlichen Kapitalisten in den Urwald gejagt und kamen zum großen Teil vor Nahrungsmangel bei dem ungünstigen Klima um, weil der Konfuzi sich ihrer nicht im geringsten annahm.

In der letzten Sitzung des Reichstags vor den Osterferien, die durch eine unverkündete Provokation des bekannten Januszhausers Oldenburg gegenüber bürgerlichen Parlamentariern einen heftigen Mißschuß fand, nahm sich Genosse Südekum der Interessen der schlecht bezahlten Post unterbeamten und Arbeiter energisch an.

Der sächsische Landtag leidet auch unter dem neuen Wahlrecht noch nicht an übermäßiger Arbeiterfreundlichkeit. Eine der Kommissionen lehnte mit 10 gegen 6 Stimmen die wichtige Bestimmung eines sozialdemokratischen Arbeitslosenartrags ab, nämlich: in den nächsten Etat eine Summe einzustellen, aus der die Gemeinden einen Zuschuß erhalten, die eine Arbeitslosenversicherung einführen und Arbeitslosenfürsorge treiben.

Das Zentralblatt christlicher Gewerkschaften gegen Effert. Das „Zentralblatt“ beschäftigt sich in einer seiner letzten Nummern mit den Streikmöglichkeiten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und kommt dabei auch auf das bekannte Interview Efferts mit einem Schriftleiter der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zu sprechen. Das „Zentralblatt“ rüffelt Effert stark ab, wobei ihm zu statten kommt, daß schon Landtagsabgeordneter Zumbusch Efferts Darlegungen über den eventuellen kommenden Streik der Bergarbeiter von sich abschüttelte. Das „Zentralblatt“ schreibt:

„Es ist an und für sich eine glücklicherweise in der christlichen Gewerkschaftsbewegung bisher nur vereinzelt auftretende bedauerliche Erscheinung, wenn Gewerkschaftsführer sich von arbeiterfeindlichen Blättern über ihre Ansicht oder über die Stimmung ihrer Kollegen zu einer bestimmten Angelegenheit ausfragen lassen. Man soll damit äußerst vorsichtig sein, und allein die taktische Ungeschicklichkeit, die darin liegt, wird hoffentlich Kollegen Effert bestimmen, in Zukunft solchen Ausfragereien aus dem Wege zu gehen. Es wäre ja auch die größte taktische Dummheit, die die Gewerkschaften machen könnten, ihre wirklichen und ernsthaften Pläne vorzeitig ihren eigenen Gegnern zu verraten. Daß Effert dies nicht beabsichtigt hat, davon sind wir überzeugt, denn Pläne, wie er sie andeutet, bestehen überhaupt nicht. Wir fassen die Sache so auf, daß Effert die in Aussicht stehende Gefahr möglichst schwarz zu schildern versuchte, um nach außen einen abschreckenden Eindruck zu erwecken!

Aber nicht bloß aus taktischen Gründen ist ein solches Vorgehen zu tadeln, sondern noch mehr aus sachlichen. Kollege Effert war nicht berechtigt, eine solche Darstellung von der Sachlage zu geben, weil die Voraussetzungen dafür fehlten. Die Inanspruchnahme eines Streiks kann speziell im rheinisch-westfälischen Industriegebiet nur dann sachlich berechtigt sein, wenn die maßgebenden Organisationen dazu bestimmt Stellung genommen haben. Das muß man ganz besonders verlangen von einem Streik, der wie ein Bergarbeiterstreik auch andere Berufskreise auf das allerhöchste in Mitleidenschaft zieht, und in der Beurteilung dieser Sachlage darf nicht bloß die Möglichkeit eines Erfolges ausschlaggebend sein, sondern auch die Wirkungen auf Unbeteiligte. Wir sind auch über-

zeugt, daß die Gewerkschaftsleitung diese Gesichtspunkte, falls sie zu einer entscheidenden Stellungnahme kommen würde, durchaus berücksichtigen wird. Ein Kampf im Ruhrgebiet wird zwischen den interessierten Bergarbeiterorganisationen allein kaum ausgeämpft werden können. Es wird dabei die ganze Gewerkschaftsbewegung aller Richtungen engagiert werden, wenn derselbe Erfolg haben soll. Somit sind die Auswirkungen von Effert nicht bloß taktisch ein Fehler, sondern auch sachlich nicht berechtigt, weil die Voraussetzung für die Androhung eines so schwerwiegenden Kampfmittels vorläufig noch fehlt. Unbeständlich ist uns, wie der Zeitpunkt zur Wahl eines Streiks im Ruhrgebiet auch von politischen Erwägungen abhängig gemacht werden könnte. Aus politischen Gründen gibt es für die christlichen Gewerkschaften keinen Streik, auch für den Gewerbeverein christlicher Bergleute nicht.“

Ganz unrecht hat das „Zentralblatt“ nicht, wenn es das Interview Efferts dieser scharfen Kritik unterzieht. Einem Vertreter — wenn auch nur einem Pressevertreter der Unternehmer gegenüber — gibt man keine Kriegspläne der Arbeiterbewegung preis. Das Gute ist aber in dem „Fall Effert“, daß Effert nicht im Namen der Bergarbeiterverbände sprechen konnte, weil diese sich auf irgendwelche Pläne nicht festgelegt hatten, noch festlegen konnten. Wir haben darum die Angelegenheit von vornherein als eine solche, mit der sich Effert selbst abzufinden hatte, betrachtet. Freilich wünschten wir sehr, daß in solchen, für die gesamte Arbeiterbewegung wichtigen Fragen in den beteiligten Verbänden — in den einzelnen, wie insgesamt — sich Klarheit und Einmütigkeit zeigt. Es steht schlimm, wenn es in einzelnen Verbänden an beiden mangelt. Nicht ganz können wir verstehen, warum das „Zentralblatt“ so stark betont, daß aus politischen Gründen es für die christlichen Gewerkschaften keinen Streik gibt. Nicht immer ist man in christlichen Gewerkschaftskreisen dieser Anschauung gewesen. Schon August Brust drohte mit einem Generalstreik, das war zur Zeit, als die Gewerkschaften mit der Zuchthausvorlage beglückt werden sollten. Wer garantiert uns, daß nicht ähnliche oder noch schlimmere Bedrohungen der Gewerkschaften in Zukunft die Gewerkschaften zur Abwehr auf den Plan rufen? Und dann gibt es kein Niemals — in der Anwendung von Mitteln, die den drohenden Gefahren vorbeugen und abwenden können. Es gibt für die Gewerkschaften Lebensinteressen, für die man mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu kämpfen hat, wenn es sein muß. Keiner kann wünschen, daß die schärfsten Mittel, die einer Arbeiterbewegung zur Verfügung stehen, dabei zur Anwendung kommen müssen. Aber ein Niemals gibt es hier wohl nicht.

Bekanntmachung.

Wahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Bureau Sonnabend, den 26. März, und Dienstag, den 29. März, von mittag 1 Uhr an geschlossen ist.

Nachtrag. Zum Wahlergebnis in Nr. 12 der „Buchbinder-Zeitung“ ist zu bemerken, daß als Kandidat nur Kollege R. Würzberger aufgestellt war, die abgegebenen Stimmen auf andere Namen daher als „zersplittert“ zu zählen sind.

Die Ortsverwaltung.

ANZEIGEN

Zahlstelle Dresden.
Am Sonntag, den 20. März, verstarb unser Mitglied, die Prägerin, Fräulein
Elfa Weidner
im Alter von 23 Jahren, an Herzschlag.
Ehre ihrem Andenken.
Der Vorstand.

Stuistischerler
in dauernde Stellung gesucht.
Hermann Schulze, Stuistfabrik,
Eilenburg b. Leipzig.

Perfekter Stuismacher
sodort in dauernde Stellung gesucht.
Reise wird zur Hälfte vergütet. Offerten mit Angabe des Alters und bisheriger Stellen an
Gottschalk & Cie.,
Konstanz, Postfach 76.

Anton Spindler, Leipzig-Th.
Vorteilhafte Bezugsquelle
in besten Rotguss-Schriften, Gravuren für Presse und Handvergoldung
Sämtliche Ueberzug- u. Vorsatzpapiere
Japanische Neuheiten
Maschinen, Werkzeuge u. Materialien zu äussersten Preisen
Baste Bedienung! Grosse Musterauswahl!

O. TH. WINCKLER



Kostenfreier Arbeitsnachweis
für Buchbinder
O. Th. Winckler, Leipzig.

Unserer werthen Kollegin **Marie Goos** zur Vermählung mit Herrn **Georg Reimund** die herzlichsten Glückwünsche. Zahlstelle Straßburg i. E.
Alt-Gold, Kehrgold, Gummi, Watte usw. kauft zu hohen Preisen, Kasse sofort, **Willy Thiele, Leipzig-Entr.,** Geibelstr. 11.

Inserate finden nur **Aufnahme** wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.

Früher qualte ich mich
beim Vergolden, jetzt benötige ich nur die von **F. Klement** in Leipzig gefertigten Werkzeuge, da bringt mir meine Arbeit Genuß und guten Lohn!